

Bundespolizei: Zwei Migranten in Lindau in Abschiebehaft genommen

Bundespolizei München nimmt bekannte Migranten im Zug fest und bringt sie in Abschiebehafteinrichtung. Erfahren Sie mehr über den Vorfall.

Lindau (ots)

Gerade erst haben wir die Nachrichten über die Herausforderungen rund um Migration und Asyl gehört, da melden sich erneut die Bundespolizei-Beamten zu Wort. In den letzten Tagen sind in Lindau zwei Männer in den Fokus geraten, deren Geschichten exemplarisch für viele Migranten stehen, die sich in ähnlichen Situationen befinden. Diese beiden Männer, ein Afghaner und ein Iraner, wurden aufgrund ihrer rechtlichen Probleme und ihrer Vorgeschichte in Abschiebehafteinrichtungen gebracht. Der Vorfall beleuchtet die aktuellen Herausforderungen, mit denen die Behörden konfrontiert sind, insbesondere im Zusammenhang mit illegalen Einreisen und mehrfachen Asylanträgen.

In einem speziellen Fall wurde am Abend des 1. September die Bundespolizei im Lindauer Inselbahnhof aufmerksam auf einen Afghanen. Der 27-Jährige konnte lediglich eine abgelaufene Aufenthaltskarte aus Österreich vorzeigen und gab an, aus Bregenz eingereist zu sein. Bei der anschließenden Überprüfung der Personalien stellte sich heraus, dass gegen ihn ein bis Februar 2026 gültiges Einreise- und Aufenthaltsverbot für Deutschland vorlag. Der Mann war seit seiner ersten Einreise im April 2021 wiederholt wegen Beschwerden gegen das Ausländerrecht in den Fokus der Behörden geraten,

einschließlich erkannter Diebstähle und der missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen.

Erste rechtliche Schritte der Bundespolizei

Die Bundespolizisten nahmen die Situation ernst und zeigten den Afghanen sowohl wegen der unerlaubten Einreise als auch des unerlaubten Aufenthalts an. Am folgenden Montag wurden die rechtlichen Schritte umgesetzt, und er stand vor dem Amtsgericht Lindau. Nach der Verhandlung wurde er in die Abschiebehafte nach Eichstätt eingewiesen, um eine Rückführung zu den österreichischen Behörden zu ermöglichen. Dies ist ein rechtlicher Prozess, der häufig bei Migranten Anwendung findet, die in einem anderen Land ein Asylverfahren durchlaufen möchten.

Am gleichen Abend, dem 2. September, wurde ein 28-jähriger Iraner in Lindau-Reutin gestoppt. Auch er war aus Bregenz eingereist und konnte keine gültigen Ausweispapiere vorzeigen. Die Überprüfung der Fingerabdrücke ergab, dass gegen ihn zwei laufende Aufenthaltsverfahren in Deutschland vorlagen, die auf die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Sozialleistungen hinwiesen. Der Iraner war bereits 2020 als Asylbewerber registriert worden und hatte in verschiedenen Ländern, darunter die Schweiz und Österreich, ähnliche Anträge gestellt.

Folgen für die Migranten

Beide Männer wurden schließlich mit Anzeigen wegen unerlaubter Einreise und Aufenthalts versehen. Während der Afghane ein mehrjähriges Einreiseverbot erhielt, wurde dem Iraner eine vierjährige Wiedereinreisesperre auferlegt. Am Dienstag, den 3. September, wurde auch er dem Amtsgericht Lindau vorgeführt und in die Abschiebehafte überstellt. Die geplanten Rückführungen in die jeweiligen Herkunftsländer werden von den Behörden als wichtig erachtet, um die Integrität der nationalen Grenzrichtlinien aufrechtzuerhalten.

Die Geschichten dieser beiden Männer sind nicht nur individuelle Schicksale; sie sind Teil eines größeren Trends im Zusammenhang mit Migration und der Schwierigkeit, sichere und legale Wege für Asylsuchende zu finden. Trotz der unsicheren Umstände und der Herausforderungen, vor denen sie standen, hat die Behörden entschlossen gehandelt. Solche Maßnahmen werfen Fragen auf zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Leidenschaften, die oft mit Migration verbunden sind, sowohl auf Seiten der Migranten als auch der Behörden.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de